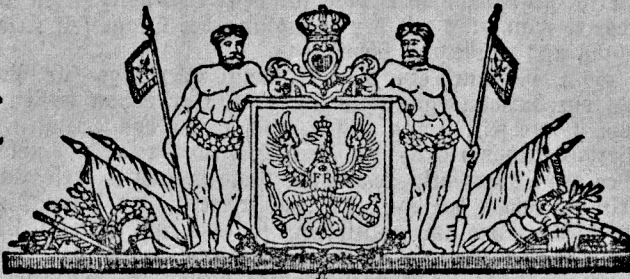


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

70 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden zurückeresandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

Polen und Rußland.

Von

Max Theodor Behrmann.

* Warschau, Anfang März.

In einem hiesigen Blatte war dieser Tage zu lesen, die Schlüssel zum westeuropäischen Handel mit Rußland lägen in Polen. Ein andres Warschauer Blatt warnte die einheimischen Wirtschaftskreise, ja und ja Deutschland, England und die Vereinigten Staaten im Wiederaufbau Rußlands nicht zuvorkommen zu lassen. Ein drittes schwang sich gar zum Beschützer der Wirtschaftsmoral auf, indem es Polen das sittliche Recht absprach, Rußland als eine polnische Kolonie zu betrachten. Wie schon so häufig in bitterernsten Fragen, scheint man hier wieder einmal einem Trugbild nachzugehen, ein schier unerlöses Wollen mit einem überaus begrenzten Können zu verwechseln.

Die'ses Phantom wird noch lange nicht zu einer Realität dadurch, daß man auch außerhalb Polens seit einiger Zeit über Polens Rolle in dem Wiederaufbau Rußlands recht lebhaft diskutiert. Erst kürzlich behandelte die Pariser Handelskammer die Frage einer Zuhilfenahme polnischer Kapitalien und der polnischen Industrie für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands. In der polnisch-französischen Handelskammer zu Paris, die sich neulich mit der gleichen Frage beschäftigte, wies der polnische Handelsattaché, Herr Dolezal, darauf hin, daß schon vor dem Weltkriege polnisches Kapital und polnische Intelligenz von großem Einfluß auf die Ausgestaltung des russischen Wirtschaftslebens gewesen seien. Und selbst in Deutschland, das doch zweifellos am besten die ökonomischen Vorgänge und Zusammenhänge in Osteuropa kennt, fehlt es nicht an Stimmen, die mit einiger Bangnis von dem kommenden starken polnischen Wettbewerb in der Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft sprechen. Einige nüchterne Angaben und Betrachtungen über diese Frage mögen daher wohl am Platze sein.

Durch dreierlei Art von fremder Hilfe kann der Wiederaufbau eines wirtschaftlich zerfallenen und dabei über weite Teile Naturreichthümer verfügenden Landes eingeleitet und mählich durchgeführt werden: erstens einmal durch fremde Kapitalbefruchtung, zweitens durch Lieferung von Fabrikaten, Halbfabrikaten und Rohwaren, drittens durch Angebot fremder Intelligenz. Das heutige Rußland bedarf aller dieser drei Hilfsmittel. Das bolschewistische Experiment hat das ehemalige Zarenreich in die uralten Zeiten einer Naturalwirtschaft zurückgeworfen, ohne es in den Stand zu setzen, über auch nur halbwegs genügende Mengen von Zahlungsmitteln zu verfügen. Die Industrie in „Sowdepien“ ist so ziemlich auf den Nullpunkt gelangt und wird für Jahre hinaus auf fremde Einfuhr angewiesen sein, um auch nur die minimalsten und allernotwendigsten Bedürfnisse eines selbst noch so anspruchslosen Volkes von 160 Millionen befriedigen zu können. Die schaffende und werbende russische Intelligenz, die zu keiner Zeit so forderlich groß gewesen war, ist in den jüngsten Jahren getötet worden, verhungert, geistig entkräftet; die früher sehr intelligente russische Arbeiterschaft ist zu einem politisierenden Schieberum ausgeartet, dessen Schaffenslust im umgekehrten Verhältnisse zu seinen grenzenlos gewachsenen Ansprüchen steht.

Nach welcher Richtung hin und in welcher Art kann nun das Polen von heute von sich aus diese dreifache Befruchtung des russischen Reiches bewerkstelligen? Das gegenwärtige Polen verfügt nicht über mobile Kapitalien, hat über solche auch schon zu früheren Zeiten nicht verfügt. Weder hat es jemals — von heute schon gar nicht zu sprechen — einen kräftigen Bauernstand, der den Ueberschuß aus dem Sollen und Haben seiner Wirtschaft aufspeichern konnte; noch eine wohlhabende Mittelklasse, die eine nennenswerte Sparfahndung abgab; noch eine Rentnerklasse, die zur Kuponschere griff, noch Großkapitalisten, die den Dividendenmarkt beherrschten oder diesen gar schufen. Gewiß gab es einen polnischen Grundbesitz, aber der mittlere Besitzer in Kongresspolen, Podolien, Wolhynien und Poljesje trieb Raubbau und lebte dennoch von der Hand in den Mund, während der galizische Latifundienbesitzer seine zum Teil sehr beträchtlichen Einnahmen in Wien, Paris oder sonstwo im Auslande anlegte oder verzehrte. Die polnische Industrie — mochte sie in Lodz oder Sosnowice, Dombrowo oder Drohoczyn liegen — konnte eigentlich nur rein geographisch als polnische bezeichnet werden: die darin investierten Kapitalien und die leitenden Intelligenzen waren deutsch, französisch, belgisch, russisch. Die in Polen arbeitenden Kreditinstitute wiesen mehr als bescheidene Aktienkapitalien auf, wurden zum nicht geringen Teil vom Auslande beeinflusst, mußten sich (in Rußisch-Polen schon aus rein statistisch-rechtlichen Gründen) von jeder Gründungstätigkeit fernhalten, näherten sich von den mehr oder minder legalen Wechselnortezeuilles. Dieser Zustand hat sich seit dem Wiederaufstehen eines selbständigen Polens entweder gar nicht oder aber zum Schlechteren verändert: die gewaltige Entwertung der einheimischen Valuta, die stark passive Handelsbilanz, eine kaum früher gekannte Steuererhöhung, ins Riesenhafte wachsende Staatsausgaben und damit zusammenhängende außerordentliche Ansprüche des Staates an die Tasche des

Der englisch-italienische Reparationsplan.

45 Milliarden Goldmark Schuldsumme

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 15. März.

Das „Petit Journal“ teilt heute Einzelheiten des Wiedergutmachungsplanes mit, den Sir Basil Blackett und Giannini ausgearbeitet haben, und erklärt, für die Richtigkeit dieser Meldungen, die mit den gestern in einem amerikanischen Blatte veröffentlichten nicht genau übereinstimmen, die volle Gewähr übernehmen zu können.

Wie schon mitgeteilt wurde, soll die Gesamtschuld Deutschlands, die die Verfasser des Projekts auf 110 Milliarden Goldmark berechnen, in zwei Teile zerlegt werden: in eine größere Hälfte von 65 Milliarden Goldmark, die der Gesamtsumme der alliierten Kriegsschulden entspricht, und eine kleinere von 45 Milliarden, die die eigentliche Reparation darstellen soll. Die Schuld von 65 Milliarden soll vorläufig „ruhen“ und später wohl durch die interalliierte Schuldenregelung endgültig aus der Welt geschafft werden. Die übrigen 45 Milliarden soll Deutschland in einer noch festzusetzenden Zeit teils in bar, teils in Sachleistungen abtragen. Jeder der reparationsberechtigten Staaten soll seine Wünsche bezüglich des Verhältnisses zwischen Bar- und Sachleistungen festlegen. Die Sachleistungen sollen durch eine internationale, von Deutschland zu garantierende Anleihe (oder durch eine Serie solcher Anleihen) innerhalb einer Frist von fünf Jahren finanziert werden. Deutschland müsse den Verbündeten Garantien gewähren und eine Kontrolle annehmen, deren Einzelheiten noch festgesetzt werden sollen.

Die Vorschläge zur Wiedergutmachungsfrage, die gestern der Abgeordnete Reynaud im „Matin“ veröffentlicht hat und über die der „Vossischen Zeitung“ ausführlich berichtet wurde, finden hier starken Widerhall. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß sie die amtliche Reparationspolitik der französischen Regierung beeinflussen könnte. Auch von Kreisen, die Briand und von solchen, die Clemenceau nahestehen, wird der Reynaudsche Plan beifällig begrüßt. Das „Cablogramm“, das Briands Wiedergutmachungspolitik untersucht hat, bezeichnet die von Reynaud angeregte Beteiligung der Verbündeten an der deutschen Industrie zur Schaffung eines Fonds für die Zahlungen Deutschlands als den einzigen Weg zur Lösung und erinnert daran, daß es selbst einen ähnlichen Vorschlag schon im April vorigen Jahres gemacht habe.

Lardieu, der Mann von Versailles, vertritt im „Echo National“ die Ansicht, daß Reynauds Vorschlag einer Abgabe vom deutschen Kapital schon in Artikel 248 des Versailler Vertrages vorgesehen ist. Er bezeichnet es als unverständlich, daß man die Ausführung der Vertragsbestimmungen nicht mindestens einmal versuche, ehe man sie als unzureichend kritisiere, und macht besonders auf folgende fünf Bestimmungen aufmerksam, von denen die Verbündeten bisher keinen Gebrauch gemacht hätten: erste Hypothek auf das gesamte Eigentum und alle Einnahmequellen des Reiches und der deutschen Staaten, die in Artikel 248 des Versailler Vertrages vorgesehen ist; Priorität der Wiedergutmachungsschulden vor allen inneren Schulden nach Teil VIII, Anlage II, § 12; Sachlieferungen nicht nur für den Wiederaufbau, sondern überhaupt als Ersatz für Goldzahlungen nach Teil VIII, Anlage II, § 19; das Recht, Deutschland die Aenderung seiner Gesetze und Verordnungen zwecks Erfüllung der Wiedergutmachungsbestimmungen zur Pflicht zu machen nach Artikel 241; die Verpflichtung der Deutschen, mindestens ebensoviel Steuern zu bezahlen, wie der am stärksten belastete Verbündete nach Teil VIII, Anlage II, § 12.

*

Die Bedenken, die vom deutschen und auch vom europäischen Standpunkt gegen das Reynaudsche Projekt zu erheben sind, haben wir bereits gestern betont. Der Gedanke ist an sich gut; die Form und Methode ist abzulehnen. Der Zweck, den Reynaud anstrebt, ist durch die Haftungsgemeinschaft der deutschen produktiven Wirtschaft am besten zu verwirklichen.

Das englisch-italienische Projekt bringt zunächst den prinzipiell sehr bedeutsamen Fortschritt einer gründlichen Herab-

setzung der Reparationssumme. Man geht noch nicht so weit, wie Professor Keynes, und man bewegt sich vielleicht immer noch außerhalb der Grenzen der wirklichen deutschen Leistungsfähigkeit; aber man ist immerhin auf dem einzig richtigen und auch einzig möglichen Wege. Indes bedürfen nicht nur die Darlehen, sondern, mindestens in einigem Umfange, auch die Sachleistungen, wenn sie in beträchtlichem Ausmaße gefordert werden, der Finanzierung durch internationale Anleihen. Es wäre sonst unmöglich, das notwendige Gleichgewicht der deutschen Zahlungsbilanz zu erreichen und zu erhalten. Ueber die Frage der Kontrolle wird das Nötige erst gesagt werden können, sobald konkrete Angaben vorliegen. Jede Art Ueberwachung, die die freie und selbständige Entfaltung der deutschen Wirtschaftsinitiative hemmt, wäre nicht nur ein unverzeihlicher Mißbrauch der Siegergewalt gegenüber einem wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Sechzigmillionen-Volk, sondern würde sich auch international-wirtschaftspolitisch und reparationspolitisch unweigerlich als Fehlschlag entpuppen.

Der zehnte April.

Keine Verschiebung von Genua

Entgegen allen bisher immer wieder auftauchenden Gerüchten von einer Verschiebung der Konferenz von Genua auf längere Zeit hören wir aus hiesigen gutunterrichteten diplomatischen Kreisen auf das bestimmteste, daß der Konferenzbeginn endgültig auf den 10. April festgesetzt ist.

London, 15. März. (W. T. B.)

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, in französischen politischen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß die Genueser Konferenz auf den bestmöglichen Zeitpunkt verschoben werde. Unter den augenblicklichen Umständen könne die Konferenz nicht stattfinden. Poincaré sei keineswegs der Wiederaufnahme vorteilhafter Handelsbeziehungen mit Rußland abgeneigt, er würde jedoch dem englisch-deutschen Gedanken des Verkaufs von Produkten an Rußland den französisch-belgischen Gedanken der Entwicklung der Hilfsquellen Rußlands gegenüberstellen. Die französische Politik gegenüber Rußland sei vollkommen unabhängig von Genua. Die Stimmung in Frankreich sei für eine sofortige Vereinbarung mit Rußland — und ein ziemlich reger Handelsverkehr zwischen beiden Ländern bestehe bereits. Die Franzosen würden in ihrer Absicht, Genua preiszugeben, durch die Lage in England bestärkt.

Deutsch-französische Sachleistungen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben in den letzten Tagen im Wiederaufbauminiisterium in Berlin zwischen deutschen und französischen Vertretern Besprechungen stattgefunden, die den Zweck verfolgten, grundsätzlich zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Grundzüge des sogenannten Bemelmans-Abkommens (freie Sachlieferungen) mit denen des Wiesbadener Abkommens sich vereinigen und auf den Zweck des Wiederaufbaus von Nordfrankreich anwenden lassen. Eine abschließende Stellungnahme der beiden Regierungen liegt noch nicht vor. Die französischen Vertreter reisen heute nachmittags nach Paris ab.

b Paris, 15. März.

Wie der „Chicago Tribune“ aus London gemeldet wird, hatte der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ eine Unterredung mit Poincaré, der ausdrücklich erklärte, Frankreich habe keinerlei Grund, seine Schulden abzuleugnen; es sei dies auch durchaus nicht die Absicht Frankreichs. Frankreich erkenne seine Schulden an, und seine einzige Antwort sei: „Ich werde bezahlen.“

Die amerikanische Regierung ist, wie dem gleichen Blatt aus Washington gemeldet wird, über das Verhalten der Wiedergutmachungskommission sehr aufgebracht, die übersehen hat, bei der Aufteilung der deutschen Zahlungen die 241 Mill. Dollar für Amerika in Betracht zu ziehen. Man glaubt, daß diese Entwicklung die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein beschleunigen könne und daß möglicherweise die Regierung zu dem Entschluß kommt, sämtliche Truppen aus Deutschland zurückzuziehen.

Steuerzahlers — dies und vieles andere hat ein Anwachsen des mobilen Kapitals in Neupolen verhindert, ja die frühere an sich schon bescheidene Kapitalkraft wesentlich verringert. Polen hat keine Kapitalien zum Aufbau fremder Länder, muß vielmehr fremde Kapitalien zum Aufbau des eigenen Landes emsiglich suchen, wenn es einer herannahenden Katastrophe entgehen will.

Nun wird hierzulande immer und immer wieder behauptet, Polen könnte und müßte mit seiner Industrie Rußland in sehr weitem Maße zu Hilfe kommen, wobei man in erster

Linie auf die Textilindustrie des Lodzer Rayons hinweist. Auch dieser Hinweis führt zu Trugschlüssen, rechnet nicht mit tatsächlichen Verhältnissen. Gewiß hat in Vorkriegszeiten Lodz einen sehr großen Teil Rußlands mit seinen Erzeugnissen versorgt, aber dies konnte nur erfolgen, weil damals Lodz eben im Inlande, in Rußland lag, während es jetzt für seinen östlichen Nachbarn Ausland ist. Damals konnten die Lodzer Spinnereien und Webereien ihre hauptsächlichste Rohware, die Baumwolle, teilweise aus dem Inlande (im russischen Turkestan), teilweise aus Nordamerika und Ägypten